

Aufgliederung v. 23. II. 1945

Dr. Frauchfeld

- 1 -

Liebe Kolleginnen und Kollegen !

Im März 1933 fand im Uhlenhorster Fährhaus die Hauptversammlung des damaligen Landesverbandes Groß-Hamburg im Reichsverband der Deutschen Presse statt, auf der die sogenannte Gleichschaltung vollzogen wurde.

~~Bekanntlich kamen die Nationalsozialisten in Hamburg erst einige Wochen später zur Macht als im übrigen Reich.~~ Ich selbst wurde in dieser Versammlung aus dem Vorstand des Landesverbandes entfernt, benutzte jedoch die Gelegenheit, um noch einmal ein Bekenntnis zu den Grundsätzen der Pressefreiheit und des Rechts auf freie Meinungsäußerung vor den Kollegen abzulegen.

Es war dafür die letzte Gelegenheit - für 12 Jahre.

Verzeihen Sie ^{mir wenn es eine solche} ~~mir~~ ^{an dieser Stelle} diese persönliche Rückerinnerung; doch glaube ich, daß wir heute irgendwie wieder an das anknüpfen müssen, was damals nicht nur von mir empfunden und vertreten wurde, weil wir wohl alle von der Überzeugung erfüllt sind, daß es sich bei unserem Anspruch auf die Freiheit der Presse und das Recht der freien Meinungsäußerung um unvergängliche Werte des Menschen und der menschlichen Würde überhaupt handelt.

Als darum schon im Mai dieses Jahres einige Kollegen zu mir kamen, um die Frage eines neuen Zusammenschlusses der Hamburger Journalisten zu erörtern, habe ich diesem Gedanken sogleich freudig zugestimmt.

Denn welche Aufgabe könnte für uns schöner und erhabener sein, als eben die, unvergänglichen Ansprüchen wieder jene Geltung zu verschaffen, die unseren eigenen Beruf überhaupt erst adelt ?

Bei den Überlegungen, auf welchen Grundlagen nun ein solcher neuer Zusammenschluss erfolgen könnte, wurden wir uns schnell über die folgenden beiden Voraussetzungen klar:

1. Dieser Zusammenschluss musste beruhen auf einer entschiedenen politischen Gesinnungsgemeinschaft,
2. er musste das Ziel verfolgen, unseren Berufsstand hier im Hamburger Raum in einer Organisation neu auszurichten, die bewährte Traditionen des alten Reichsverbandes der Deutschen Presse wie er bis zum Jahre 1933 bestand, verknüpfte mit neuen Notwendigkeiten, die sich aus einer gewandelten Umwelt zwangsläufig ergeben.

Die Plattform dafür fanden wir in der Vereinigung der Republikanischen Presse, die in Hamburg 1929 gegründet worden war und bis zum März 1933 gewirkt hat.

Es waren nicht sehr viele unter uns, die damals in dieser politischen Gesinnungsgemeinschaft der auf demokratischem Boden stehenden Hamburger Presse standen. Denn diese Vereinigung stand im Kampf gegen jene Gefahren, die wir am Horizont der deutschen Entwicklung aufziehen sahen, die Gefahren vor allem der Unterdrückung aller demokratischen Ideale.

Einer der letzten Vorträge, ~~die~~ in der Vereinigung der Republikanischen Presse, die ich bis zum März 1933 ~~zu~~ zu leiten die Ehre hatte, war der von unserem verstorbenen Freund, Staatsrat Alexander Zinn, über die Presse im faschistischen ^{Italien} ~~Italien~~. Zinn zeichnete uns ein illusionsloses Bild über die Entwicklung in Italien unter Mussolinis Herrschaft; dennoch haben nur

wenige unter uns damals geglaubt, daß in unserem Lande eine derartige Vernichtung alles dessen, was uns in unserer Pressearbeit selbstverständlich schien, so dicht bevorstand. Die Kampfziele der republikanischen Pressevereinigung sind auch heute ^{wir} wieder aktuell; zwar liegt nunmehr die innere Gefahr hinter uns; jetzt geht es darum, künftige Gefahren ein für alle Mal auszuschließen und niemanden von uns nochmals jenem seelischen Zermürbungsprozess auszuliefern, der an die Wurzeln unserer inneren und oft auch unserer äußeren Existenz ging und der die Meisten von uns ^{prüfen oder Gefahr durch unpräzise Arbeit für Ha/Hollerz} in die seelische Emigration zwang.

So dachten wir zunächst bei den ersten Besprechungen daran, die alte Vereinigung in neuer Form aufzubauen.

Als wir dann den Kreis unserer Zusammenkünfte weiter zogen, ergab sich als zusätzliche Aufgabe die Notwendigkeit, die berufsständischen Prinzipien mit den politischen Traditionen ~~xxxxxxx~~ zu vereinen und also in der Synthese dieser Voraussetzungen unseren neuen Hamburger Berufsverband aufzurichten.

Schon gleich in einer der ersten Sitzungen des zunächst aus zehn Kollegen bestehenden Gründungsausschusses wurde die

"Berufsvereinigung Hamburger Journalisten"

ins Leben gerufen. Sehr schnell einigten wir uns über die Grundlagen einer vorläufigen Satzung, über die Ihnen Herr Klabunde gleich nähere Erläuterungen geben wird.

In dieser vorläufigen Satzung haben wir jene von mir skizzierte Tradition und neue Forderungen miteinander zu verbinden versucht. Wir hielten es von vornherein für notwendig, mit den Instanzen des öffentlichen Lebens in Hamburg rechtzeitig Fühlung zu nehmen, ihr Interesse zu wecken und in regen Gedankenaustausch zu treten. Wir legten daher unsere Satzung und die

Grundsätze, die zu unserem neuen Zusammenschluss geführt haben, dem Bürgermeister vor, mit der Bitte, vom Plan dieser Gründung der britischen Besatzungsbehörde Kenntnis zu geben.

Wir fanden beim Senat volle Unterstützung.

Bereits am 5.6. wurden der damalige Leiter der staatlichen Pressestelle, Senatssyndikus Dr. Lindemann und ich von einem Vertreter der Militärregierung empfangen. Wir hatten Gelegenheit, dieser englischen Stelle nähere Mitteilungen über unsere Absichten zu machen und dabei unsere vorläufige Satzung zu unterbreiten. Der Vertreter der Militärregierung, Major Shelton, äußerte sein Interesse für unsere Gründung und empfahl uns im Sinne des Zusammenschlusses zu einer "Gewerkschaft Hamburger Journalisten" unsere Vorbereitungen fortzusetzen.

Diese Vorbereitungen haben nun in zahlreichen Sitzungen des Gründungsausschusses ihren entsprechenden Ausdruck gefunden. Der Inhalt dieser Besprechungen war außerordentlich vielseitig. Sie erstreckten sich nicht nur auf die verschiedenen organisatorischen Fragen, wie z.B. das Aufnahmeverfahren unserer Mitglieder, sondern traten von Anfang an in grundsätzliche Probleme ein - Fragen der künftigen Pressegesetzgebung, des journalistischen Nachwuchses, vor allem auch der Erhaltung unserer wohlverworbenen sozialen Ansprüche. ^{FP}

Bei der Prüfung des Aufnahmeverfahrens haben wir uns für ein besonderes System entschieden. Wir arbeiteten einen Fragebogen aus, der zu manchen kritischen Auseinandersetzungen und Einwänden berechtigte, schliesslich aber doch von der Mehrheit als ein Mittel anerkannt wurde, das den tieferen Voraussetzungen der Mitgliedschaft zu unserer neuen Berufsvereinigung entsprach. Denn diese

Es zeigt sich, dass
eine gewisse
Klarheit über die
Ansprüche der
Journalisten
besteht und
sich als
grundlegend
beachten
lassen muss.

Mitgliedschaft soll mehr sein, als nur ein äußerlicher von Paragraphen abhängiger Vorgang. Sie soll eine Verpflichtung in sich schließen, die die Persönlichkeit, den Charakter als solchen erfasst und in eine Gesinnungsfront einreicht, aus der es keine Ausflucht mehr geben kann. Denn eine Organisation gerade von Journalisten, von Männern, die große öffentliche Verantwortung tragen sollen, ist stets so gut oder so schlecht, wie die Menschen, die in ihr vereinigt sind.

Da wir aber eine gute, eine in sich ^{unzerstörbare} und für einen großen Zeitraum arbeitende Organisation sein wollen und müssen, kam es darauf an, nicht nur Berufsgenossen zu sammeln, sondern wirkliche Träger ^{volkswirtschaftlicher} charakteristischer und menschlicher Überzeugungen und Werte. Um aber diese kennen zu lernen, mussten wir ein Verfahren durchführen, wie es in dem Ihnen bekannten Fragebogen geschehen ist.

Wir sind uns klar darüber, daß an und für sich überhaupt kein Fragebogen alles mit absoluter Wahrhaftigkeit und Zuverlässigkeit erfassen kann. Es bot sich jedoch hier Gelegenheit für den Journalisten, wenn er wirklich einer ist, einmal über sich selber gründlich auszusagen, einmal festzustellen, wie es mit ihm selber eigentlich gewesen und aus welchen Wurzeln er gewachsen ist. Heute dürfen wir Ihnen sagen, daß im großen und ganzen sich unser Hoffnungen hinsichtlich der Bedeutung dieses Fragebogens erfüllt haben. Noch niemals wohl hat eine Organisation geistiger Arbeiter ein derartiges personalstatistisches Material sammeln können, als es hier erstmalig geschehen ist. Wir kennen jetzt einander gründlicher denn je, wissen voneinander Bescheid, wissen, woher einer kommt, aber auch, wo und wie er am besten seiner ganzen Persönlichkeit nach eingesetzt werden kann.

Wir hoffen, daß sich diese Kenntnis auch in Zukunft, wenn erst einmal wieder Arbeitsmöglichkeiten in größerer Fülle bestehen, praktisch zum besten einer anständigen Hamburger Presse verwerten lassen.

Aus den Arbeiten des Gründungsausschusses möchte ich ferner erwähnen, dass ein ^{Vorschlag} ~~Vorschlag~~ bezüglich der Herausgabe getarnter nationalsozialistischer Druckschriften entworfen wurde, der ^{unter} ~~der~~ nach Rücksprache mit mehreren Mitgliedern des Hamburger Senats, dem Bürgermeister übergeben worden ist.

Es handelt sich dabei um bestimmte Richtlinien, die für die künftige Herausgabe von periodischen Druckschriften und die Tätigkeit von Journalisten und Verlegern nach unseren Grundsätzen bestimmend sein sollten. Denn wir sind der Überzeugung, daß aus unseren eigenen Reihen, gerade auch in solcher pressepolitischen Hinsicht, möglichst viel Initiative entwickelt werden muss; in früheren Zeiten, auch im demokratischen Staat, haben wir vielleicht diese Initiative zu sehr nur den Verwaltungsstellen überlassen. Es genügt nicht mehr, daß einzelne Zeitungen dies oder jenes für eine künftige Gesetzgebung vorschlagen. Vielmehr sollte die in sich neue, geschlossene feste Front der Presse in allen ihre Bedeutung und ihre öffentliche Wirksamkeit betreffenden Fragen auch einheitlich und geschlossen Stellung nehmen.

Der Einfluss, den eine solche Presse in Zukunft einmal gewinnen kann, wird sicher umso größer sein, als unsere Berufsorganisation in Zukunft nicht mehr isoliert stehen wird, sondern ein wichtiges Glied der Millionengemeinschaft einer neu aufzubauenden deutschen Gewerkschaftsbewegung darstellen wird.

Unser Anschluss an die deutschen Gewerkschaften, über den Sie

heute noch Näheres hören werden, entspricht jenen Forderungen, die die neue Zeit auch an die Journalisten stellt. Ich gestehe, daß ich persönlich vor dem Jahre 1933 kein Freund eines Anschlusses der deutschen Journalisten an die damaligen Gewerkschaften gewesen bin. Ich selbst habe auf der Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Presse in Wien im Jahre 1931 in einem Referat "Redakteur oder journalistischer Angestellter" entschieden die Ansicht vertreten, daß der Journalist kein Angestellter im gewöhnlichen Sinne dieses Begriffes sei, daß er vielmehr kraft seiner Verantwortlichkeit gegenüber der Öffentlichkeit eine Sonderstellung beanspruchen dürfe, und daher auch verbandspolitisch eine Sonderformation darstellen müsse. Im Ringen um die neuen Formen unseres demokratischen Lebens ist es aber nunmehr unbedingt erforderlich, diesen damals noch nicht erfolgten Anschluss zu vollziehen.

Der Gründungsausschuß hat darum von vornherein den Anschluss unserer Mitglieder in der vorläufigen Satzung unserer Vereinigung verankert.

Aus den weiteren Arbeiten des Gründungsausschusses darf ich vor allem die unermüdlichen Anstrengungen der von Herrn Dr. Geigenmüller geführten Kommission hinsichtlich der Sicherstellung unserer Alter-s- und Rentenversorgung, also der Versorgungsanstalt, hervorheben.

Kollege Dr. Geigenmüller wird Ihnen darüber nachher Näheres berichten.

Während dieser Arbeiten im Gründungsausschuß haben wir fortgesetzt enge Fühlung mit den staatlichen Stellen gehalten, haben in unseren Sitzungen die Leiter der Pressestelle des

Senats begrüßen dürfen und daneben bei den Pressekonferenzen des Senats mitgewirkt.

Auch bei der Stellenvermittlung für die Hamburger Journalisten wurden wir gefragt, wobei es sich allerdingst fast ausschließlich um Posten handelte, die für Institutionen der Militärregierung in Frage kamen. Es wird sicher eine der wichtigsten Aufgaben unserer Berufsvereinigung in Zukunft sein, gerade in dieser Beziehung beratend und bestimmend, im engen Einvernehmen mit den Behörden, im Interesse unserer Kollegen wirken zu können.

Inzwischen haben sehr viele, teils aus der Wehrmacht entlassene Journalisten, aber auch Berufsfremde durch Anfragen bei uns, Anschluss an den Journalistenbund und-Beruf zu finden gesucht. Dieses Problem ist angesichts der Notlage der deutschen Presse eines der wichtigsten aber auch schwierigsten, das uns beschäftigt hat und weiter beschäftigen wird.

Vor allem müssen für den journalistischen Nachwuchs ganz neue Gesichtspunkte aufgestellt werden. Zunächst lässt sich grundsätzlich nur sagen, daß angesichts der bestehenden Verhältnisse die alte Wahrheit, daß viele sich wohl berufen fühlen, wenige aber nur ausgewählt sein können, heute mehr denn je zutrifft, und daß daher die jungen Leute, die zur Zeitung möchten, sich selber vor einem solchen Entschluss auf das gründlichste prüfen, um nicht

in der großen Prüfung der Bewährung schliesslich zu versagen. An uns wird es liegen, Einrichtungen zu bilden, die ein Kriterium für solche Bewährungen schafft.

Am 12. Oktober hatten wir eine zweite Besprechung mit einem Vertreter der britischen Militärbehörde, in der die von uns vorgelegten vorläufigen Satzungen mit wenigen formellen Änderungen genehmigt wurden und auch die heutige Hauptversammlung fest-

8

8

in der großen Prüfung der Bewährung schliesslich zu versagen. An uns wird es liegen, Einrichtungen zu bilden, die ein Kriterium für solche Bewährungen schafft.

gesetzt werden konnte.
 Der Gründungsausschuss ist sich in klaren Worten darüber, daß nunmehr erst das lose Fundament gelegt worden ist, auf dem sich im örtlichen Rahmen die Berufsvereinigung der Hamburger Journalisten aufbauen läßt.

In manchen anderen deutschen Städten sind inzwischen ähnliche Verbände gegründet worden. Soweit bisher bekannt, haben sich wohl überall Grundsätze durchgesetzt, die auch bei unserer Gründung bestimmend waren. Ein neues Haus aber erhält seinen Wert nicht von seiner äußeren Form, sondern von dem Geist, der es erfüllt. Auf ihn allein kommt es entscheidend an, d.h. auf uns selbst, auf das, was wir mit dieser neuen Organisation anfangen.
 Jedem von uns darf in Zukunft - wie dies so oft in den letzten Jahren hinsichtlich des Reichsverbandes der deutschen Presse geschehen ist - die Frage stellen: Was habe ich an endlich von diesem Verband? Jeder muss die Mitgliedschaft nicht eine Studien-sache, sondern eine Sache der Gewinnung und der Bewahrung sein.
 In diesem Sinne hat der Gründungsausschuss seine Arbeiten durchgeführt, ein Blatt, erfüllt von wahrer Kameradschaft, Solidarität, Treuehaftigkeit, das wir hoffen, auch weiter sein.

In der ^{unabhängigen} ~~10~~ ^{ein} 30-jährigen Geschichte der deutschen Journalistik hat es wohl kaum eine so große Not gegeben, wie die jetzt besteht. Diese Not aber ist nicht nur äußerlich; sie zwingt jeden von uns dazu, Bilanz zu ziehen, und mit sich selber abzurechnen.
 Nur 4 Mark zu zahlen.

insere

inzelnen Berufskollegen zu mildern,
aber auch eine Gemeinschaftsaufgabe
ist, scheint mir, darüber hinaus,
gehen. Denn unsere Berufs^{Mit}arbeit ist ja
teil der allgemeinen Not unseres Landes
nicht wichtiger nehmen, als sie es bean-
sichtigen aber ^{Wir haben wir befruchteten} nügen wir, und damit las-
sicht schliessen, jeder an seinem
als Journalisten und unsere Arbeit in
handeln, als ob das Wohl der Gesamt-
e.
erativ der Berufs^{Es} und der mensch-
ist das Leitprinzip das noch meinen